

Presseerklärung 13. März 2021

Greenpeace-Aktive demonstrieren vor St. Johannis-Kirche in Forchheim gegen Zerstörung für Braunkohle

Ehrenamtliche protestieren in 46 Städten gegen Armin Laschets Kohlepolitik

Forchheim, 13. 3. 2021 – Mit einem Fotobanner des zerstörten “Immerather Doms” demonstrieren Greenpeace Aktivist:innen heute vor St. Johannis und St. Martin in Forchheim, der Herz-Jesu-Kirche und Hugenottenkirche in Erlangen und in 46 weiteren Städten vor historischen Kirchen. Dazu zählen der Aachner und Kölner Dom, die Dresdner und Münchner Frauenkirche, der Hamburger Michel, und 40 weitere Kirchen. Die Klimaschützer:innen fordern einen schnelleren Ausstieg aus der Braunkohle, für die in Deutschland noch immer Dörfer und Kirchen zerstört werden sollen. Der fast 130 Jahre alte “Immerather Dom” (offiziell: St. Lambertus Kirche) wurde 2018 gegen starken Protest für den Tagebau Garzweiler II in NRW abgerissen. „Armin Laschet will Kirchen und Klima für Braunkohle zerstören“, steht auf einem weiteren Banner.

“Wenn ausgerechnet ein Christdemokrat wie Armin Laschet Kirchen für Kohle einreißen lässt, dann bringt das die rücksichtslose Klimapolitik der Union auf den Punkt”, sagt Judith Bauer, Ehrenamtliche bei Greenpeace Erlangen. “Will Laschet Vorsitzender einer zukunftsgerichteten Partei sein, darf er nicht länger eine gestrige Energiepolitik betreiben, die nicht nur Kirchen, sondern auch Klima, Natur und Heimat von Menschen zerstört.”

Entscheidung zum weiteren Braunkohleausbau im April

Trotz beschlossenen Kohleausstieg plant CDU- und NRW-Chef Laschet, den Braunkohleabbau in NRW auszuweiten. Damit würden über 1500 Menschen ihre Heimat verlieren, Dörfer und Kirchen abgerissen. Die Leitentscheidung zu den den künftigen Abbaugrenzen der Tagebaue wird Anfang April erwartet. Im Rheinland wurden bereits mehr als 45.000 Menschen für Braunkohletagebaue umgesiedelt und über 100 Dörfer und Weiler samt jahrhundertealten Kirchen und Kulturdenkmälern zerstört.

Der Braunkohlekurs des CDU-Chefs stößt auch in der Kirche auf öffentliche Kritik. In einem im Februar veröffentlichten Appell (<https://bit.ly/3t2YfUL>) von über 50 Organisationen fordern katholische und evangelische Kirchenverbände die Zerstörung von Heimat und Dörfern zu stoppen und mit der anstehenden Leitentscheidung die bedrohten Ortschaften zu erhalten - auch für den Klimaschutz. Wird aber der Kohleabbau unter der schützenden Hand von Laschet ausgeweitet, kann Deutschland die Pariser Klimaschutzziele nicht einhalten. Aktuelle Gutachten belegen, dass es für die Energieversorgung in Deutschland keinen Grund gibt, Dörfer für Braunkohletagebaue zu opfern.

Achtung Redaktionen: Rückfragen bitte an: Dennis Holdinghausen, Tel. 0176-34519628 (Aktionsansprechpartner)

Internet: www.greenpeace.de. Greenpeace-Pressestelle: Tel. 040-30618-340, Email presse@greenpeace.de; Greenpeace auf Twitter: http://twitter.com/greenpeace_de, auf Facebook: www.facebook.com/greenpeace.de, auf Instagram: www.instagram.com/greenpeace.de